S 4 EG 1/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Marburg

Sachgebiet Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheit

en

Abteilung -

Kategorie Gerichtsbescheid

Deskriptoren Mindestbezugsdauer

Wochenarbeitszeit Arbeitszeitgrenze

Änderung des Bezugszeitraums Ablauf des Bezugszeitraums

sozialrechtlicher Herstellungsanspruch Verletzung von Mitwirkungspflichten

1. Ein Antrag auf Änderung des

Bezugszeitraums für Elterngeld kann nach Ablauf des Bezugszeitraums nicht

mehr wirksam gestellt werden.

2. Ein sozialrechtlicher

Herstellungsanspruch scheidet bei Mitverursachung des Schadens durch

Verstoß gegen eigene Mitwirkungspflichten des Elterngeldberechtigten aus.

Normenkette § 1 Abs. 1 S. 1 BEEG

§ 4 Abs. 5 S. 2 BEEG

§ 7 Abs. 1 BEEG § 7 Abs. 2 BEEG

§ 14 SGB I § 15 SGB I

1. Instanz

Leitsätze

Aktenzeichen S 4 EG 1/20

Datum 07.08.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum -

3. Instanz

Datum

Die Klage wird abgewiesen.

Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten um die GewÄxhrung von Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG).

Der 1987 geborene und verheiratete KlĤger ist Vater des 2017 geborenen Kindes D. Vor Geburt seiner Tochter war der KlĤger und gelernter Anlagenmechaniker als Zeitarbeiter ýber einen Personaldienstleister beschĤftigt. Zum 15.03.2017 wurde dem KlĤger das ArbeitsverhĤltnis durch den Personaldienstleister aufgekündigt. Der KlĤger beantragte daraufhin Arbeitslosengeld bei der Bundesagentur für Arbeit, welches ihm zunächst auch für die Zeit vom 16.03.2017 bis zum 11.04.2017 bewilligt wurde. Für den Zeitraum vom 16.03.2017 bis 31.03.2017 leistete die Agentur für Arbeit Kassel eine Nachzahlung von Arbeitslosengeld in Höhe von 692,80 Euro an den Kläger.

Der KlĤger beantragte unter dem 15.03.2017 Elterngeld für seine Tochter D. Hierbei beanspruchte der KlĤger für den ersten (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) und neunten Lebensmonat (XX.X3.2017 bis XX.X4.2017) vom Elterngeld in Form von Basiselterngeld. Im schriftlichen Antragsformular machte der KlĤger keine Angaben zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Bezugszeitraum des beantragten Elterngeldes und gab an, dass er Einkommensersatzleistungen beziehen würde (Bl. 2 d. Verwaltungsakte). Daneben enthielt das vom Kläger verwendete und unterschriebene schriftliche Antragsformular eine sog. â□□AbschlieÃ□ende Erklärungâ□□, in welcher der Kläger u. a. erklärte, dass er die Aufnahme â□□ einer auch nur geringfügigen â□□ Erwerbstätigkeit bzw. Ã□nderung des Umfangs der Erwerbstätigkeit gegenüber der Elterngeldstelle unverzüglich mitteilen werde (Bl. 1 d. Verwaltungsakte).Â

Zugleich beantragte die Kindesmutter und Ehefrau des Klägers für den ersten bis zwölften Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X1.2018) Basiselterngeld, was der Beklagte später auch der Kindesmutter antragsgemäÃ∏ so gewährte.

Mit Schreiben vom 24.03.2017 forderte der Beklagte den Kläger zur Mitteilung auf, ob er während des Elterngeldbezuges eine Erwerbstätigkeit ausüben werde und forderte u. a. zugleich die Vorlage von Nachweise über Einkommensersatzleistungen und einer Bescheinigung des Arbeitsgebers Ã⅓ber den Zeitraum der beanspruchten Elternzeit. Daneben wurde dem Kläger aufgegeben, die zum Elterngeldantrag gehörende schriftliche â∏Erklärung zum Einkommen zum Elterngeldantragâ∏ auszufÃ⅓llen (Bl. 20 d. Verwaltungsakte). Mit RÃ⅓ckantwortschreiben vom 06.04.2017 gab der Kläger an, dass er während des Elterngeldbezugs keine Erwerbstätigkeit ausÃ⅓ben werde (Bl. 21 d.

Verwaltungsakte). In der schriftlichen ErklĤrung zum Einkommen zum Elterngeldantrag gab der KlĤger an, dass er nach der Geburt seines Kindes, also im beantragten Bezugszeitraum, Einkommen aus nichtselbstĤndiger Arbeit haben werde. Hierbei machte er keine Angaben über den Zeitraum, den Verdienst und zeitlichen Umfang der nichtselbstĤndigen Arbeit (Bl. 5 d. Verwaltungsakte).

Mit weiteren Schreiben vom 12.04.2017 forderte der Beklagte den Kläger zur Vorlage der fehlenden Bescheinigung des Arbeitsgebers ù¼ber die beanspruchte Elternzeit auf. Hierauf erklärte der Kläger mit Rù¼ckantwortschreiben vom 20.05.2017, dass die Agentur fù¼r Arbeit Kassel das Arbeitslosengeld fù¼r März 2017 in Höhe von 692,80 Euro zurù¼ckgefordert habe, da er sich in diesem Zeitraum in Elternzeit befunden habe. Daraufhin forderte der Beklagte mit Schreiben vom 27.04.2017 den Kläger zur Vorlage der Verdienstabrechnung fù¼r März 2017, alternativ einen Nachweis ù¼ber die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, des Aufhebungs- bzw. Korrekturbescheides bezù¼glich des Arbeitslosengeld und sofern noch ein Arbeitsverhältnis bestù¼nde, der Bescheinigung des Arbeitsgebers ù¼ber die beanspruchte Elternzeit auf.

Mit Rückantwortschreiben vom 03.05.2017 gab der Kläger an, dass er seit dem 15.03.2017 in keinem Arbeitsverhältnis mehr stehen würde. Zugleich legte er das Kündigungsschreiben seines Arbeitgebers vom 01.03.2017, die Lohn- und Gehaltsabrechnung für März 2017 und den Bewilligungsbescheid der Agentur für Arbeit Kassel vom 29.03.2017 vor. Hierauf forderte der Beklagte den Kläger mit Schreiben vom 09.05.2017 zur Vorlage des fehlenden Aufhebungsbescheides der Arbeitsagentur und einem Nachweis über die Rückzahlung des Arbeitslosengeldes auf. Zugleich wies der Beklagte auf die Folgen einer fehlenden Mitwirkung hin. Die angeforderten Nachweise legte der Kläger in der Folgezeit nicht vor.Â

In der Zwischenzeit ging der Kläger ab dem 01.06.2017 bis zum 31.12.2017 einer Arbeitstätigkeit bei dem Unternehmen G.-Haustechnik mit einem monatlichen Bruttoarbeitslohn in Höhe von 2.240,00 Euro und einer Arbeitszeit von 32 Stunden pro Woche nach. Die Aufnahme dieser Arbeitstätigkeit teilte der Kläger dem Beklagten nicht mit.

Währenddessen versagte der Beklagte mit nichtstreitgegenständlichem Bescheid vom 12.07.2017 dem Kläger die Gewährung von Elterngeld für das Kind D. aufgrund des Antrages vom 15.03.2017 nach § 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch â∏ Allgemeiner Teil â∏ (SGB I). Zur Begründung führte der Beklagte aus, der Kläger habe gegen seine Mitwirkungspflichten verstoÃ∏en, indem er der Aufforderung aufgrund des Schreibens vom 09.05.2017 nicht nachgekommen sei.Â

Mit anwaltlichen Schreiben vom 08.07.2019 stellte der Kläger einen Ã∏berprüfungsantrag gegen den Versagungsbescheid vom 12.07.2017. Daraufhin forderte der Beklagte die damalige Verfahrensbevollmächtige und spätere Prozessbevollmächtigte des Klägers per E-Mail vom 09.07.2019 zur Vorlage diverser Unterlagen auf. In der Folge þbersandte die Agentur für Arbeit Kassel die von der Beklagten benötigten Nachweise und diverse Bescheide (Bl. 36â∏48

d. Verwaltungsakte). Demnach wurde die Bewilligung des Arbeitslosengeldes für die Zeit vom 16.03.2017 bis 11.04.2017 aufgehoben und das an den KlĤger ausgezahlte Arbeitslosengeld samt Kranken- und PflegeversicherungsbeitrĤgen von diesem zurĽckgefordert, da er fĽr Vermittlungsbemļhungen der Agentur für Arbeit aufgrund von Kinderbetreuung nicht zur Verfügung gestanden und daher mangels Verfügbarkeit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe. Ferner ergab sich aus den eingereichten Bescheiden, dass der KlĤger ein BeschĤftigungsverhĤltnis bei dem Unternehmen G. durch Eigenkündigung beendet habe und daher eine Sperrzeit eingetreten sei (Bescheid der Agentur für Arbeit Kassel vom 20.02.2019; Bl. 36â∏∏37 d. Verwaltungsakte). Per Schreiben vom 19.08.2019 holte der Beklagte bei der Agentur für Arbeit Kassel weitere Auskünfte ein (Bl. 49 d. Verwaltungsakte). Mit Telefonat vom 19.08.2019 teilte die Agentur für Arbeit Kassel dem Beklagten mit, dass der Kläger das zurückgeforderte Arbeitslosengeld noch nicht zurückgezahlt habe, da hierüber am Sozialgericht Marburg ein Klageverfahren (Az. S 2 AL 11/18) anhängig sei. Weiter erfuhr der Beklagte durch das Telefonat, dass der KlĤger wĤhrend der Zeit vom 01.06.2017 bis 31.12.2017 einer ArbeitstÄxtigkeit bei dem Unternehmen G.-Haustechnik mit einem monatlichen Bruttoarbeitslohn in HA¶he von 2.240,00 Euro und einer Arbeitszeit von 32 Stunden pro Woche nachgegangen sei.

Mit streitgegenständlichen Bescheid vom 21.08.2019 lehnte der Beklagte im Rahmen des Ã $_{\Box}$ berprÃ $_{\Box}$ fungsverfahrens nach $_{\Box}$ 8 44 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch $_{\Box}$ 9 Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz $_{\Box}$ 1 (SGB X) den Antrag auf GewÃ $_{\Box}$ 4 hrung von Elterngeld ab. Zur BegrÃ $_{\Box}$ 4 ndung fÃ $_{\Box}$ 4 hrte der Beklagte an, dass der KlÃ $_{\Box}$ 9 ger im neunten Lebensmonat des beantragten Bezugszeitraum eine ErwerbstÃ $_{\Box}$ 1 tigkeit mit 32 Stunden pro Woche ausgeÃ $_{\Box}$ 4 bt und damit die Wochenarbeitszeitgrenze Ã $_{\Box}$ 4 berschritten habe. Als Folge seien die Voraussetzungen fÃ $_{\Box}$ 4 den Bezug fÃ $_{\Box}$ 4 Elterngeld fÃ $_{\Box}$ 4 den neunten Lebensmonat nicht erfÃ $_{\Box}$ 4 llt. Daneben kÃ $_{\Box}$ 9 nne auch kein Elterngeld fÃ $_{\Box}$ 4 den ersten Lebensmonat gewÃ $_{\Box}$ 4 werden, da Elterngeld fÃ $_{\Box}$ 4 mindestens zwei Lebensmonate bezogen werden mÃ $_{\Box}$ 4 sse. Insgesamt bestÃ $_{\Box}$ 4 nde daher kein Anspruch des KlÃ $_{\Box}$ 9 gers auf Elterngeld fÃ $_{\Box}$ 4 den ersten und neunten Lebensmonat.

Hiergegen legte der KlĤger mit anwaltlichen Schreiben seines VerfahrensbevollmĤchtigen vom 23.09.2019 Widerspruch ein.

Mit Widerspruchsbescheid vom 04.12.2019 wies der Beklagte den Widerspruch zurĽck. Zur BegrĽndung führte er aus, dass die Kindesmutter bereits Elterngeld für zwĶlf Lebensmonate bezogen habe und daher der KlĤger nur einen Anspruch auf zwei weitere Lebensmonate Elterngeld habe, sofern das Erwerbseinkommen für zwei Monate gemindert sei und die übrigen Voraussetzungen für den Elterngeldanspruch erfüllt seien (sog. Partnermonate). Eine dieser Voraussetzungen sei, dass während des beantragten Bezugszeitraums von Elterngeld keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausgeübt werde, d. h. die Arbeitszeitgrenze von durchschnittlich 30 Stunden wöchentlich im Monat nicht überschritten werde. Daneben müsse Elterngeld stets für mindestens zwei Lebensmonate bezogen werden. Der Kläger sei allerdings im neunten Lebensmonat (XX.X3.2017 bis XX.X4.2017) einer Vollzeitbeschäftigung mit 32

Wochenstunden nachgegangen. Ferner sei eine Gewährung von Elterngeld für den ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) allein aufgrund des nicht erfÃ⅓llten Mindestbezug von zwei Lebensmonaten ausgeschlossen. Eine Ã∏nderung des beantragten Bezugszeitraums von Elterngeld sei aufgrund des Ablauf der gesetzlichen Antragsfristen nicht mehr möglich.Â

Der anwaltlich vertretene Kl \tilde{A} ¤ger hat am 09.01.2020 Klage vor dem Sozialgericht Marburg erhoben. \hat{A}

Der Kläger trägt vor, dass der Beklagte ihn auf die Möglichkeit der Ã∏nderung des beantragten Bezugszeitraums von Elterngeld hätte hinweisen mÃ⅓ssen. Mit dieser Kenntnis hätte er den Bezugszeitraum ändern können und in der Folge die Voraussetzung des Mindestbezugs von Elterngeld erfÃ⅓llen können. Zudem hätte der Beklagte von Amts wegen prÃ⅓fen mÃ⅓ssen, welche Lebensmonate fÃ⅓r den Bezug von Elterngeld fþr ihn gÃ⅓nstiger gewesen wären. Das Verschulden des Beklagten habe letztlich zum Entfallen seines gesamten Anspruches auf Elterngeld in Form von Partnermonaten gefÃ⅓hrt.

Der KlAzger beantragt,

den Bescheid des Beklagten vom 21.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2019 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihm f \tilde{A}^{1}_{4} r das Kind D. Elterngeld f \tilde{A}^{1}_{4} r zwei Lebensmonate im Zeitraum vom XX.X1.2017 bis zum XX.X1.2018 in gesetzlichen Umfang zu gew \tilde{A} xhren.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beklagte trägt vor, dass eine rückwirkende Ã□nderung des Bezugszeitraums für den Elterngeldbezug aufgrund Zeitablaufs nicht mehr möglich sei. Eine Beratungspflicht habe nicht bestanden, da der Kläger nicht ausreichend mitgewirkt habe, indem er seiner Verpflichtung zur Mitteilung der Aufnahme einer Beschäftigung nicht nachgekommen sei.

Im Termin zur ErĶrterung der Sach- und Rechtslage am 23.10.2023 hat der Kammervorsitzende die Beteiligten persĶnlich zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid gemĤÄ∏ <u>§ 105 Abs. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) angehĶrt.

Wegen der weiteren Einzelheiten und Unterlagen sowie wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Verwaltungsakte des Beklagten sowie die beigezogene Gerichtsakte des Verfahrens mit dem Az. S 2 AL 11/18 Bezug genommen, die Gegenstand der Entscheidung gewesen sind.

Entscheidungsgründe

Das Gericht konnte nach $\frac{\hat{A}\S 105 \text{ Abs. 1}}{100 \text{ Abs. 1}}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) ohne m \tilde{A}^{1} 4ndliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden. Die Sache weist keine besonderen Schwierigkeiten tats \tilde{A} xchlicher oder rechtlicher Art auf und der

Sachverhalt ist geklärt. Das Gericht hat die Beteiligten zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid persönlich angehört und diese haben darüber hinaus ihre Zustimmung erteilt.

Die Klage ist zulÄxssig, in der Sache jedoch unbegrļndet.

Die Klage ist als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage nach $\frac{\hat{A}\S}{54}$ Abs. 1 S. 1 und Abs. 4 SGG zul \tilde{A} xssig.

Streitgegenständlich ist der im Ã□berprüfungsverfahren nach § 44 SGB X ergangene Bescheid des Beklagten vom 21.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2019 mit dem die Gewährung von Elterngeld abgelehnt wurde. Mit der ablehnenden Entscheidung in der Sache über den am 15.03.2017 gestellten Antrag auf Elterngeld hat sich die zeitlich unbegrenzte Versagung durch Versagungsbescheid der Beklagten vom 12.07.2017 erledigt (Voelzke, in: Schlegel/Voelzke (Hrsg.), jurisPK-SGB I, Kommentar, 4. Aufl. (Stand: 15.06.2024), § 66 SGB I Rn. 65; LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 23.05.2023 â□□ L 2 AS 128/23 B ER, Juris Rn. 22 m. w. N.; Urt. v. 30.06.2016 â□□ L 2 AS 260/15, Rn. 44).

Der angefochtene Bescheid des Beklagten vom 21.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2019 ist rechtmäÃ□ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten (§ 54 Abs. 2 S. 1 SGG). Vorliegend hat der Kläger keinen Anspruch auf Elterngeld, auch nicht fù⁄₄r die von ihm beantragten Lebensmonate, dem ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) und dem neunten Lebensmonat (XX.X3.2017 bis XX.X4.2017). Zurecht hat der Beklagte im Rahmen des Ã□berprù⁄₄fungsverfahren nach § 44 Abs. 1 S. 1 SGB X entschieden, dass der Elterngeldantrag des Klägers vom 15.03.2017 in der Sache abzulehnen war, weil der Kläger mangels Einhaltung der Mindestbezugszeit keinen Anspruch auf zwei zusätzliche Lebensmonate Elterngeld (sog. Partnermonate) hat.

Der Anspruch des Klägers auf Elterngeld richtet sich nach den am 01.01.2007 in Kraft getretenen Vorschriften des BEEG vom 05.12.2006 (BGBl. I 2006, S. 2748) in der aufgrund Art. 4 des Gesetzes zur Einfýhrung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (FlexEZeitEGeldPIEG) vom 18.12.2014 (BGBl. I 2014, S. 2325 ff.) geltenden Neufassung vom 27.01.2015 mit Wirkung zum 01.01.2015 bis 31.12.2019 (BGBl. I 2015, S. 33 ff.).Â

Zunächst steht fest, dass der Kläger die Grundvoraussetzungen für die Entstehung eines Anspruchs auf Elterngeld gemäÃ <u>§ 1 Abs. 1 S. 1 BEEG</u> für das am XX.X1.2017 geborenen Kind D. nur teilweise, d. h. lediglich im ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) erfüllt. Dahingegen sind die Grundvoraussetzungen für einen Elterngeldanspruch des Klägers in dem von ihm beantragten neunten Lebensmonat (XX.X3.2017 bis XX.X4.2017) nicht gegeben.

Nach \hat{A} § 1 Abs. 1 S. 1 BEEG hat Anspruch auf Elterngeld, wer 1. \hat{A} \hat{A} einen Wohnsitz oder seinen gew \hat{A} ¶hnlichen Aufenthalt in Deutschland,

- 2. Â Â mit seinem Kind in einem Haushalt lebt.
- 3. Â dieses Kind selbst betreut und erzieht und
- 4. Â keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt.

Der Begriff der vollen ErwerbstÃxtigkeit (<u>§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 BEEG</u>) wird in <u>§ 1 Abs. 6 BEEG</u> gesetzlich definiert.

Nach \hat{A} § 1 Abs. 6 BEEG ist eine Person nicht voll erwerbst \tilde{A} ¤tig, wenn ihre Arbeitszeit 30 Wochenstunden im Durchschnitt des Monats nicht \tilde{A} ½bersteigt, sie eine Besch \tilde{A} ¤ftigung zur Berufsbildung aus \tilde{A} ½bt oder sie eine geeignete Tagespflegeperson im Sinne des \hat{A} § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch \hat{a} [Kinder- und Jungendhilfe \hat{a} [(SGB VIII) ist und nicht mehr als f \tilde{A} ¾nf Kinder in Tagespflege betreut.

Vorliegend hat der Kläger ab dem vierten bis in den zehnten Lebensmonat (XX.X5.2017 bis XX.X2.2018) eine Erwerbstätigkeit von mehr als durchschnittlich 30 Wochenstunden und damit eine volle Erwerbstätigkeit i. S. d. § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 und Abs. 6 BBEG ausgeübt, indem er ab dem 01.06.2017 bis einschlieÃ□lich zum 31.12.2017 einer Beschäftigung bei dem Unternehmen G.-Haustechnik mit einer Arbeitszeit von 32 Stunden pro Woche nachging. Aufgrund des Ã□berschreitens der 30-Wochenstunden-Arbeitszeitgrenze besteht kein Anspruch des Klägers auf Elterngeld für besagte Lebensmonate, insbesondere nicht für den von ihm beantragten neunten Lebensmonat (XX.X3.2017 bis XX.X4.2017).

Zwar erfýIlte der Kläger damit all die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 4 BEEG im beantragten ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017). Er hatte während des gesamten Bezugszeitraums seinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, lebte mit dem Kind D. in einem Haushalt, betreute und erzog dieses selbst und ýbte entsprechend seiner Ankündigung im Elterngeldantrag während des Bezugszeitraums keine Erwerbstätigkeit aus. Ein ordnungsgemäÃ∏er Antrag lag vor. Dies alles ist hier ausweislich der Angaben des Klägers im Verwaltungsverfahren und im Ã□brigen unstreitig der Fall.

Allerdings erfÃ⅓llt der Kläger damit nicht die gesetzliche Mindestbezugszeit von zwei Lebensmonaten, die der Gesetzgeber mit dem Art. 1 Nr. 2 des Ersten Gesetzes zur Ã∏nderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetztes vom 17.01.2009 mit Wirkung zum 24.01.2019 erstmalig in § 4 Abs. 3 S. 1 BEEG einfÃ⅓hrte, sodass insgesamt kein Anspruch des Klägers auf Elterngeld besteht. Seit der Neufassung des BEEG vom 27.01.2015 findet sich die unveränderte Regelung zur Mindestbezugszeit durchgängig in § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG.
Nach § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG hat ein Elternteil nur Anspruch auf Elterngeld (Basiselterngeld oder Elterngeld Plus), wenn er es mindestens fÃ⅓r zwei Lebensmonate bezieht.

Daher ist es von Gesetzes wegen rechtlich nicht möglich nur einen Lebensmonat an Elterngeld zu beanspruchen. Einem Antrag auf Elterngeld für nur einen Lebensmonat kann gemäÃ∏ <u>§ 4 Abs. 5 S. 2 BEEG</u> nicht entsprochen werden (Helmke/Bauer, Familienleistungsausgleich, Kommentar, 119. EL (Stand: 05.2024), <u>§ 3 BEEG</u> Rn. 20). Dies war vorliegend der Fall, sodass ein Elterngeldanspruch und

-bezug allein f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r den ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) trotz erf $\tilde{A}\frac{1}{4}$ llten Grundvoraussetzungen ausgeschlossen ist.

Mithin besteht aufgrund der Nichterfüllung der gesetzlichen Mindestbezugszeit von zwei Lebensmonaten gänzlich kein Anspruch des Klägers auf Elterngeld. Im Ã \Box brigen hat damit die Kindesmutter und Ehefrau des Klägers durch den eigenen Elterngeldbezug den Anspruch auf Elterngeld vollständig ausgeschöpft. Denn gemäÃ \Box § 4 Abs. 4 S. 1 BEEG steht beiden Elternteilen grundsätzlich nur ein gemeinsamer Anspruch auf zwölf Lebensmonate Basiselterngeld zu. Diesen Anspruch hat die Kindesmutter und Ehefrau des Klägers durch gewährten Alleinbezug von zwölf Lebensmonaten an Basiselterngeld vollständig verbraucht (vgl. SG Marburg, Urt. v. 11.03.2024 â \Box S 4 EG 2/22, Juris Rn. 50). Die Verlängerung des Anspruchs auf Basiselterngeld um zwei zusätzliche sog. Partnermonat auf insgesamt vierzehn Lebensmonate (§ 4 Abs. 3 S. 2 BEEG) scheitert vorliegend ebenso an der Nichteinhaltung der Mindestbezugszeit für das Elterngeld durch den Kläger.

Eine Verschiebung des Bezugszeitraums auf einen anderen Lebensmonat, z. B. den zweiten bis dritten (XX.X6.2017 bis XX.X7.2017) oder elften bis 14. Lebensmonat (XX.X3.2018 bis XX.X4.2018), in denen der KlĤger keine volle ErwerbstĤtigkeit ausgeübt hat, damit der KlĤger die Mindestbezugszeit von zwei Lebensmonaten einhalten könnte, ist nicht möglich.

Nach § 7 Abs. 1 S. 1 BEEG (in der Neufassung vom 27.01.2015, gültig vom 01.01.2015 bis 31.08.2021) ist das Elterngeld schriftlich zu beantragen. GemĤÄ∏ <u>§ 7 Abs. 1 S. 2 BEEG</u> wird Elterngeld rückwirkend nur für die letzten drei Monate vor Beginn des Monats geleistet, in dem der Antrag auf die jeweilige Leistung eingegangen ist. In dem Antrag ist nach <u>§ 7 Abs. 1 S. 3 BEEG</u> anzugeben, für welche Monate (genauer Lebensmonate seit dem Zweiten Gesetz zur ̸nderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom 15.02.2021, <u>BGBl. I</u> 2021, S. 239 ff.) Elterngeld im Sinne von § 4 Abs. 2 S. 2 BEEG (Basiselterngeld) oder Elterngeld Plus beantragt wird. Die im Antrag getroffene Entscheidung kann bis zum Ende des Bezugszeitraums ohne Angabe von Gründen geändert werden (§ 7 Abs. 2 S. 1 BEEG). Eine Ã∏nderung kann rückwirkend nur für die letzten drei Monate vor Beginn des Monats verlangt werden, in dem der ̸nderungsantrag eingegangen ist (<u>§ 7 Abs. 2 S. 2 BEEG</u>). Sie ist auA∏er den FA¤llen besonderer HÃxrte unzulÃxssig, soweit MonatsbetrÃxge bereits ausgezahlt sind (§ 7 Abs. 2 S. 3 BEEG). GemäÃ∏ § 7 Abs. 2 S. 5 BEEG finden im Ã∏brigen die für die Antragstellung geltenden Vorschriften auch auf den Ä \sqcap nderungsantrag Anwendung.

Im Zeitpunkt der Ablehnungsentscheidung der Beklagten durch den Bescheid vom 21.08.2019 war der m \tilde{A} gliche Bezugszeitraums f \tilde{A} r das Elterngeld (XX.X1.2017 bis XX.X1.2018) bereits abgelaufen.

Nach <u>§ 4 Abs. 1 S. 1 BEEG</u> kann Elterngeld â∏ also Basiselterngeld (<u>§ 4a Abs. 1 BEEG</u>) in der Zeit vom Tag der Geburt bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats des Kindes bezogen werden.

Demnach endete der m \tilde{A} ¶gliche Bezugszeitraum f \tilde{A} ¼r Basiselterngeld mit Ablauf des XX.X1.2018, also mit Ende des 14. Lebensmonat vom Tag der Geburt

(XX.X1.2017). Nach der oben dargestellten gesetzlichen Regelung ist eine ̸nderung des Antrags nach Ablauf des Bezugszeitraums ausgeschlossen.

Auch $\tilde{A}^{1}/4$ ber den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch $I\tilde{A}$ xsst sich eine rechtzeitige Antragstellung $f\tilde{A}^{1}/4$ r einen anderen Lebensmonat als Bezugszeitraum, in dem der K $I\tilde{A}$ xger keine volle Erwerbst \tilde{A} xtigkeit ausge $\tilde{A}^{1}/4$ bt hat, im vorliegenden Fall nicht fingieren.

Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch setzt voraus, dass der SozialleistungstrĤger eine ihm auf Grund Gesetzes oder eines SozialrechtsverhÄxltnisses obliegende Pflicht, insbesondere zur Beratung und Auskunft aus §Â§ 14, 15 SGB I, verletzt hat. Ferner ist erforderlich, dass zwischen der Pflichtverletzung des SozialleistungstrĤgers und dem Nachteil des Betroffenen ein ursächlicher Zusammenhang besteht. SchlieÃ∏lich muss der durch das pflichtwidrige Verwaltungshandeln eingetretene Nachteil durch eine zulÄxssige Amtshandlung beseitigt werden kA¶nnen. Die Korrektur durch den Herstellungsanspruch darf dem jeweiligen Gesetzeszweck nicht widersprechen (BSG, Urt. v. 01.04.2004 $\hat{a} \prod B 7 AL 52/03 R$, BSGE 92, 267 = SozR 4-4300 \hat{A} § 137 Nr. 1, Juris Rn. 37 m. w. N.). In solchen FÃxllen können gewisse sozialrechtliche Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen, wie etwa eine verspätete Antragstellung, eine verspĤtete Beitragsentrichtung oder eine verspĤtete Vorlage von Unterlagen als erfüllt angesehen werden, wenn die Verspätung gerade auf einem pflichtwidrigen Verhalten des LeistungstrĤgers beruht. Allerdings gilt dies nicht für auÃ∏erhalb des Sozialrechtsverhältnisses liegende Tatbestände, die nach materiellem Recht fýr das Entstehen des Sozialrechtsanspruchs erforderlich sind (BSG, Urt. v. 13.05.1980, 12 RK 18/79, SozR 2200 § 1233 Nr. 17, Juris Rn. 14; Urt. v. 12.12.1984, 7 Rar 74/83, SozR 4100 § 56 Nr. 18, Juris Rn. 45); andernfalls verpflichtete der Herstellungsanspruch den SozialleistungstrĤger unzulÄxssigerweise zu einer Gesetz und Recht widersprechenden Handlung (BSG, Urt. v. 15.05.1984 â∏ 12 RK 48/82, BSGE 56, 266 = SozR 2200 § 1418 Nr. 8, Juris Rn. 20; Urt. v. 22.08.1984 â 7 RAr 12/83, SozR 4100 Â \$ 102 Nr. 6, Juris Rn. 39; Urt. v. 19.03.1986 $\hat{a} \square \square$ 7 RAr 48/84, BSGE 60, 43 = SozR 4100 \hat{A} § 105 Nr. 2, Juris Rn. 25; LSG Baden-WÃ¹⁄₄rttemberg, Urt. v. 21.01.2014 â_{□□} <u>L 11 EG 2860/12</u>, Juris Rn. 27 f.).

Hier ist schon eine Pflichtverletzung des Beklagten nicht ersichtlich.

Eine Falschberatung durch den Beklagten ist offensichtlich nicht erfolgt. Daneben bestand fýr den Beklagten auch insbesondere keine Pflicht zur Spontanberatung, d. h. zur Durchführung einer Beratung ohne ein ausdrücklich darauf gerichtetes Begehren des Leistungsberechtigten. Die Beratungspflicht setzt im Regelfall ein Beratungsersuchen des Leistungsberechtigten voraus. Ausnahmsweise besteht jedoch nach der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts auch dann eine Hinweis- und Beratungspflicht des Versicherungsträgers, wenn sich im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens ein konkreter Anlass ergibt, den Leistungsberechtigten spontan auf klar zutage liegende Gestaltungsmöglichkeiten hinzuweisen, die sich offensichtlich als zweckmäÃ□ig aufdrängen und die jeder verständige Versicherte mutmaÃ□lich nutzen wþrde (vgl. BSG, Urt. v.

18.01.2011 â∏∏ <u>B 4 AS 29/10 R</u>, SozR 4-1200 § 14 Nr. 15, Juris Rn. 14; Urt. v. 09.12.1997 â∏∏ 8 RKn 1/97 â∏∏ BSGE 81, 251 = SozR 3-2600 § 115 Nr. 2, Juris Rn. 17 m. w. N.; Urt. v. 22.10.1996 â∏ 13 RI 69/95, SozR 3-1200 § 14 Nr. 22, Juris Rn. 28; ebenso Ã⊓ndüI, in: Schlegel/Voelzke (Hrsg.), jurisPK-SGB I, Kommentar, 4. Aufl. (Stand: 15.06.2024), § 14 SGB | Rn. 35). Ob eine Gestaltungsmöglichkeit klar zu Tage tritt, ist zudem allein nach objektiven Merkmalen zu beurteilen (BSG, Urt. v. 18.01.2011 â∏ B 4 AS 29/10 R, Juris Rn. 15; Urt. v. 05.08.1999 â∏ B 7 AL 38/98 R, SozR 3-1200 § 14 Rn. 27, Juris Rn. 28; $\tilde{A} \sqcap nd\tilde{A}^{1}/4l$, in: Schlegel/Voelzke (Hrsg.), jurisPK-SGB I, Kommentar, 4. Aufl. (Stand: 15.06.2024), § 14 SGB I Rn. 35; Spellbrink, in: Rolfs/ KA¶rner/Krasney/Mutschler (Hrsg.), BeckOGK (Kasseler Kommentar), Kommentar, Vorbemerkung zu <u>§Â§ 13</u>â∏15 SGB I Rn. 30; Hase, in: Rolfs/Giesen/ Meà ling/Udsching (Hrsg.), BeckOK SozR, Kommentar, 73. Ed. (Stand: 01.06.2023), § 14 SGB | Rn. 22). Im Ã∏brigen führt die bloÃ∏e Möglichkeit einer günstigeren Gestaltung noch nicht zu einer Begründung einer Beratungspflicht aus §Â§ 14, 15 SGB I (vgl. BSG, Urt. v. 11.09.1980 â∏∏ 1 RA 43/79, SozR 1200 § 14 Nr. 8, Juris Rn. 34). Weiter kann sich ein LeistungstrĤger zur Erfļllung der allgemeinen Beratungspflicht durch die allgemeine Zurverfļgungstellung von Informations- und MerkblĤtter bedienen (vgl. BSG, Urt. v. 17.08.2000 â∏ B 13 RI 87/98 R, Juris Rn. 41).

Nach diesen Maà stà ben war der Beklagte zu keiner Spontanberatung des Klà gers verpflichtet. Denn vorliegend ist die konkrete Gestaltungsmà glichkeit, die eine Spontanberatungspflicht ausgelà st hà tte, also, dass der Klà ger zur Erhaltung seines Elterngeldanspruchs zumindest anstatt des neunten einen anderen Lebensmonat hà te beantragen mà ksen, damit er die gesetzliche Mindestbezugszeit von zwei Lebensmonaten hà te einhalten kà nnen, nicht hinreichend klar zu Tage getreten.

Zunächst obliegt es dem jeweiligen Elterngeldberechtigten gemäÃ∏ § 7 Abs. 1 S. 3 BEEG mit seinem Antrag zu bestimmen, ob er Basiselterngeld oder Elterngeld Plus beziehen möchte und fýr welche Lebensmonate im Bezugszeitraum ein Bezug erfolgen soll. Die Motive für die Wahl der Elterngeldform und des konkreten Bezugszeitraums sind privater bzw. wirtschaftlicher Natur und unterliegen unter UmstĤnden VerĤnderungen, die dem Beklagten bzw. dessen Sachbearbeiter weder bekannt sind noch sein müssen. Es würde eine Ã∏berspannung der Sorgfaltspflichten der Mitarbeiter der BehĶrde bedeuten, wenn verlangt wļrde, dass eindeutige und klare schriftliche ErklĤrungen wie die Festlegung des Bezugszeitraums im Antrag in Zweifel gezogen und hinterfragt werden müssten (vgl. LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 21.01.20214 â∏∏ L 11 EG 2860/12, Juris Rn. 28). Ferner war dem Beklagten aufgrund des Schriftverkehrs mit dem KlĤger auch nur positiv bekannt, dass dessen bisherige ErwerbstÄxtigkeit aufgrund der Arbeitgeberkündigung zum 15.03.2017 geendet hatte und der Kläger anschlie̸end ursprünglich Arbeitslosengeld bezogen hatte und dieses später an die Agentur für Arbeit Kassel zurückerstatten musste. Weiter erklärte der KlĤger gegenļber dem Beklagten mit Rückantwortschreiben vom 06.04.2017 auf die ausdrļckliche Frage nach der Ausļbung einer ErwerbstĤtigkeit während des Elterngeldbezugs, dass er keine Erwerbstätigkeit ausübe. Zudem bestätigte der Kläger mit Rückantwortschreiben vom 03.05.2017, dass er seit

dem 15.03.2017 in keinem ArbeitsverhĤltnis mehr stehe. Dass der KlĤger trotzdem zum 01.06.2017 eine über der gesetzlichen 30-Wochenstunden-Arbeitszeitgrenze liegende und damit elterngeldschĤdliche nichtselbstĤndige ErwerbstĤtigkeit aufnahm, war dem Beklagten bis zur telefonischen Auskunft am 19.08.2019 und damit nach Ablauf des Bezugszeitraums unbekannt. Der KlĤger war allerdings gegenüber dem Beklagten zur Mitteilung der Aufnahme einer ErwerbstĤtigkeit gesetzlich verpflichtet. Denn nach $\frac{A\$}{\$}$ 60 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB I sind Ã \Box nderungen in den leistungserheblichen VerhÄ \blacksquare ltnissen oder $\frac{A}{\Box}$ nderungen in den VerhÄ \blacksquare ltnissen, $\frac{A}{4}$ ber die im Zusammenhang mit der Leistung Erkl \Box mrungen abgegeben worden sind, unverz \Box mtzuteilen. Auf die entsprechende Mitwirkungs- und Mitteilungspflicht wurde der Kl \Box mager in der \Box mager auch ausdr \Box mager des Elterngeldantragsformulars vom 14.04.20217 auch ausdr \Box mager ausdr \Box mag

Vorliegend war der Beklagte damit vor Ablauf des Bezugszeitraums für das Elterngeld tatsÄxchlich gar nicht in der Lage, eine entsprechende Beratung vorzunehmen. So musste es sich dem Beklagten objektiv gerade nicht aufdrĤngen, dass der KlÄgger demnÄgchst eine ErwerbstÄgtigkeit in einem elterngeldschäzdlichen Zeitumfang aufnehmen wä1/4rde. Konkrete Anhaltspunkte bestanden hierfýr nicht; auch eine entsprechende Absicht teilte der Kläger dem Beklagten gegenüber nicht mit. Folglich war ein Beratungsbedürfnis gerade nicht offenkundig bzw. gar ersichtlich. Zudem hat der Beklagte mehrfach nach dem BeschĤftigungsstatus bzw. der Ausļbung einer ErwerbstĤtigkeit des KlĤgers gefragt. So hat der Beklagte mit Schreiben vom 24.03.20174 ausdrücklich die Frage an den Kläger gestellt: â∏∏Werden Sie während des Elterngeldbezuges eine Erwerbstätigkeit ausüben?â∏ Damit hat der Beklagte auch nach der Absicht der zukünftigen Ausübung einer Erwerbstätigkeit gefragt; was der KIĤger aber mit Rückantwortschreiben vom 06.04.2017 verneinte. Hätte der Kläger seine Mitwirkungs- und Mitteilungspflicht erfþllt, also die Aufnahme der ErwerbstĤtigkeit zum 01.06.2017 dem Beklagten gegenļber damals rechtzeitig angezeigt, so wÄxre dieser erstmals zu einer Beratung des KlÄxgers hinsichtlich einer à nderung der Bezugsmonate noch vor Ablauf des Bezugszeitraums in die Lage versetzt worden. Vor diesem Hintergrund ist auch nicht erkenntlich, dass der Beklagte seiner SachaufklĤrungspflicht nicht ausreichend nachgekommen wäre.Â

Daher kann die vom Kläger pflichtwidrig unterlassene Mitteilung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Antragstellung nicht über den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch auf den Beklagten abgewälzt werden, denn damit würde die klägerische Mitwirkungspflicht treuwidrig in ihr Gegenteil verkehrt (vgl. LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 21.01.2014 â∏∏ L 11 EG 2860/12, Juris Rn. 28).Â

Selbst wenn die Kammer â entgegen ihrer Auffassung â annehmen wã 4rde, dass eine Pflichtverletzung vor lã 2ge, mã 4ste berã 4cksichtigt werden, dass der Klã 2ger aufgrund der Verletzung der Mitwirkungspflicht gegenã 4ber dem Beklagten grob fahr lã 2sig den eingetretenen sozialrechtlichen Nachteil bzw. Schaden â hier der Verlust des Anspruchs auf Elterngeld â mitverursacht hat, sodass eine Herstellung des ihm eigentlich zustehenden sozialen Rechts

ausgeschlossen ist (vgl. BSG, Urt. v. 23.03.1972 â□□ 5 RJ 63/20, BSGE 34, 124, Juris Rn. 16 ff.; Spellbrink, in: Rolfs/ Körner/Krasney/Mutschler (Hrsg.), BeckOGK (Kasseler Kommentar), Kommentar, Vorbemerkung zu §Â§ 13â□□15 SGB I Rn. 30; Hase, in: Rolfs/Giesen/ MeÃ□ling/Udsching (Hrsg.), BeckOK SozR, Kommentar, 73. Ed. (Stand: 01.06.2023), § 14 SGB I Rn. 11a).

Damit verbleibt es bei dem oben dargestellten Ergebnis, dass ein Bezug von Elterngeld durch den Kläger allein fýr einen Lebensmonat, also dem beantragten ersten Lebensmonat (XX.X1.2017 bis XX.X2.2017) aufgrund der Regelung des Mindestbezugs von zwei Lebensmonaten nach § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG ausgeschlossen ist und damit insgesamt kein Anspruch auf Elterngeld besteht.

Nach alledem haben sich die angefochtenen Bescheide des Beklagten als rechtmäÃ∏ig erwiesen. Die Klage war demgemäÃ∏ abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 SGG und entspricht dem Ausgang des Verfahrens.

Die Rechtsmittelbelehrung folgt aus <u>§Â§ 143</u>, <u>144 SGG</u>.

Â

Erstellt am: 09.08.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024